

Danziger Zeitung.

Nr. 18791.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kais. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Baden-Baden, 8. März. Bei einem gestern Nacht ausgebrochenen Feuer brannte der Dachstock des Sanatoriums ab. Alle Bewohner wurden wohlbehalten gerettet und für die Unterbringung der Patienten Sorge getragen, so dass die Kur derselben keinerlei Unterbrechung erleidet. Auch das Gebäude dürfte binnen einigen Wochen wieder bezogen werden können, da es, hauptsächlich in Stein und Eisen gebaut, verhältnismäßig wenig Schaden gelitten hat.

München, 8. März. Das heute ausgegebene „Militär-Verordnungsblatt“ veröffentlicht einen Gnädenerlass des Prinzregenten für die Armee, welchem zufolge alle die Dauer von 6 Wochen nicht überschreitenden Disciplinarstrafen und militärischen Freiheitsstrafen (Ehrenstrafen ausgeschlossen) vom 11. März ab erlassen sind.

Paris, 8. März. Hier eingegangene Nachrichten aus St. Louis am Genesel berichten von einem am 24. Februar stattgehabten Gefecht bei Dioua am Niger. Die Rebellen verloren 600 Tote, darunter deren Anführer. Von den Truppen wurden 11 Tirailliers getötet und mehrere verwundet. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

London, 7. März. In einer der hiesigen Regierung aus Rio de Janeiro zugegangenen Meldung heißt es, dass das gelbe Fieber sich in Brasilien ausbreite.

London, 8. März. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus“ aus Guanin verlas heute General Grenfell vor einer großen Versammlung von Scheikas aus fast allen Theilen des Landes eine Depesche des Ahdive, in welcher eine allgemeine Amnestie verkündigt wird. Die Proklamation des Ahdive wurde von den Eingeborenen mit grossem Enthusiasmus aufgenommen.

London, 8. März. „Reuter's Bureau“ meldet aus Buenos-Aires vom 7. d. M., der Geschäftsverkehr an der Börse werde morgen wieder eröffnet werden; der Geldmarkt ist ruhiger.

London, 7. März. Die Bergleute in den dem Lord Londonderry gehörigen Kohlengruben von Seaham und Rainton Durham stellten heute die Arbeit ein, um damit gegen die Ausweitung einiger Arbeiter der Silksworthgrube aus ihren Wohnungen zu protestieren. In Folge dessen ist jetzt der Betrieb auf allen Gruben des Lord Londonderry eingestellt und sind an 6000 Grubenarbeiter ausständig.

Kopenhagen, 8. März. Zwischen der Regierung der Oppositionspartei und der Rechten wurden gestern Abend Vereinbarungen getroffen über die Errichtung eines Freihafens in Kopenhagen, die Aufhebung der Schiffahrtsabgaben, die teilweise Aufhebung bezw. Erleichterung der Steuer auf Zucker und Petroleum und über ein Gesetz betreffs Alterversortung mit einem Staatszuschuss von jährlich 2 Millionen.

Newport, 8. März. Eine Depesche aus Iquique meldet, die Truppen der Congrespartei hätten die Regierungstruppen bei Pojo al Monte, 25 Meilen von Iquique, geschlagen. Die ganze Provinz Tarapaca sei jetzt in der Verwaltung der Congrespartei. Die Ruhe in Iquique sei wieder hergestellt.

Lima, 8. März. Eine grosse Menge von Lebensmitteln und Schlachtvieh ist von Callao nach Iquique gesandt worden, wo die Ordnung wieder vollständig hergestellt ist. — Der Hafen von Arica ist gegenwärtig blockiert.

Politische Uebersicht.

Danzig, 9. März.

Kaiser Wilhelms Sterbetag.

Drei Jahre sind heute verflossen, seit Deutschlands erster Kaiser, der greise Wilhelm I., die Brust zum letzten Athemzug hob. Mit Wehmuth gedenkt das ganze Volk, das ohne Unterschied der Parteien voll inniger Verehrung zu diesem Fürsten empor schaute, jener schmerzbewegten Stunden, in welchen der Schöpfer von Deutschlands neuerstandener Einheit und Kaiserherrlichkeit aus diesem Leben abgerufen wurde, aber auch mit immer neuer Dankbarkeit segnet das Volk an einem solchen Tage das Andenken seines ersten Kaisers, dessen

großes Werk nicht mit ihm stand und fiel, nicht mit seinem Weggange erschüttert wurde, sondern festgefugt und tiefgewurzelt dasteht für alle Zeiten, gehütet von einem energischen Nachfolger und treu bewahrt von seinem treuen Volke. Nicht in rauschenden Aude gebungen mag an einem solchen Tage das Volk seine Empfindungen äußern, aber auch die stillen Thräne will es nicht zurückdrängen, die sich heute im Andenken an den ehrwürdigen Greis ins Auge sticht, dessen mildes Antlitz heute vor drei Jahren der Todesengel küsste, und im Geiste steht das Volk neben seinem Kaiser, wenn er im Mausoleum zu Charlottenburg mit stillen Gebet einen Kranz am Sarge des heiligen Verwegenen niederlegt.

Die Marinesforderungen im Reichstage.

Für die vorgestrige Reichstagsverhandlung wird man in manchen Kreisen nicht das rechte Verständnis gewinnen können. Man wird wie ein Artikel des „Berl. Tagebl.“ mit Recht die Frage aufwerfen: weshalb um eine so kleine Sache eine so lange und lebhafte Debatte? Die Commission hat die Ablehnung der ersten Raten für fünf neue Schiffe beschlossen, darunter befinden sich drei gepanzerte Kanonenboote (Panzerfahrzeuge), welche vorzugsweise für den Schutz des Nordostseekanals bestimmt sind. An sich hat keine Partei gegen diese Kanonenboote etwas, man wollte nur den Betrag für die Schiffsbauten nicht zu solcher Höhe anschwellen lassen. Entgegen dem Verhalten der Vertreter der Marineverwaltung erklärt der Herr Reichskanzler am Freitag, er erkenne den Standpunkt der Commission in finanzieller Beziehung an, aber die Regierung lege sehr viel Wert darauf, dass zwei von den Kanonenbooten schon in diesem Jahre in Angriff genommen würden, damit sie 1895, wo der Nordostseekanal voraussichtlich fertig wäre, bereit ständen. Er wolle, wenn das Haus die ersten Raten für zwei dieser Kanonenboote mit zusammen 2 Millionen bewillige, einen finanziellen Abstrich an einer anderen Stelle des Etats anbieten, und deshalb wünsche er nochmalige Beratung in der Commission. Der Abg. Windthorst erklärte sich gegen die Commission, er meinte, er möchte auch dabei sein und man könnte ja, wenn er auch keinen rechten Erfolg sehe, zwischen zweiter und dritter Lesung das in privaten Besprechungen eventuell erledigen. Diesen Weg wollte die Mehrzahl der freisinnigen Partei nicht, sie beschloss, wie wir erfahren, mit 21 gegen 14 Stimmen, der Commissionsberatung zuzustimmen, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt völlig freier Entscheidung.

Es wird Alles davon abhängen, welches Aequivalent die Regierung bietet. Würde z. B., wie das gestern schon angekündigt ist, die erste Rate einer im vorigen Jahr bereits bewilligten Kreuzerkorvette mit 2 300 000 Mark zurückgezogen und einer späteren neuen Bewilligung vorbehalten, so wäre das ein entsprechendes finanzielles Aequivalent und der Reichstag könnte in allen Parteien darauf eingehen. Ob das geschehen wird, steht dahin. Viertel die Regierung kein entsprechendes Aequivalent, so wird die freisinnige Partei bei ihrer früheren Haltung verbleiben.

Schwierigkeiten in den deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen.

Einzelne Wiener Journale sprechen von Schwierigkeiten, die in den österreichisch-deutschen Vertragsverhandlungen sich ergeben haben, und bezeichnen den gegenwärtigen Moment als einen kritischem. Angeblich sollen die deutschen Delegirten von ihrer letzten Reise mit Instructionen zurückgekehrt sein, die sie anwiesen, weniger zu bieten und mehr zu fordern.

Dass solche Gerüchte über eine plötzliche Wendung auf der einen oder anderen Seite auftauchen, kann nicht überraschen. Jeder der Vertrag schließenden Theile hat begreiflicher Weise den Wunsch, möglichst wenig zu bewilligen und mög-

lichst viel zu erlangen. Bei dieser Sachlage ist es sehr wohl denkbar, dass von der einen oder anderen Seite erklärt werden ist, falls gewisse Forderungen nicht erzielt würden, sei man gewillt, auf den Abschluss eines eigentlichen Tarifvertrages zu verzichten und sich mit der Bindung der beiderseitigen Tarife zu begnügen; aber es liegt auf der Hand, dass diese Erklärung nur eine thalische Bedeutung haben kann. Weder Österreich-Ungarn noch Deutschland kann, wie die Dinge jetzt stehen, Werth darauf legen, den anderen Theil zu verpflichten, keinerlei Erhöhung des bestehenden Tarifes einzutreten zu lassen. Diesseits wie jenseits hat die schuhzöllnerische Strömung längst ihren Höhepunkt erreicht und den Wunsch nach einer Ermäßigung der Tarife herverufen. Ist über eine solche eine Vereinbarung nicht möglich, so genügt die Fortdauer des zur Zeit in Kraft stehenden Meistbegünstigungsvertrages. Man wird demnach gut thun, den aus Wien hierher gelangten Gerüchten keine andere als eine sympathische Bedeutung beizulegen und die Entwicklung der Dinge abzuwarten, die nicht mehr lange ausstehen kann. Daß deutscherseits aus Gründen der diesseitigen Politik der Verzicht auf einen eigentlichen Tarifvertrag in Aussicht genommen sei, ist angesichts der letzten Auslösungen des „Reichsanzeigers“ und der wiederholten Erörterungen der „Nord. Allg. Ztg.“ völlig ausgeschlossen.

Zur Reichstagskandidatur des Fürsten Bismarck

schreibt uns unser Berliner Correspondent:

In parlamentarischen Kreisen hat die Meldung, dass die nationalliberalen Vertrauensmänner sich entschlossen haben, im 19. hannoverschen Wahlkreise den Fürsten Bismarck als Kandidaten aufzustellen, großes Aufsehen hervorgerufen. Dass Fürst Bismarck zugesagt habe, eine etwa auf ihn fallende Wahl anzunehmen und im Reichstage zu erscheinen, wird von keiner Seite behauptet. Andererseits lässt der Umstand, dass die dem Fürsten Bismarck zur Verfügung stehenden Blätter über diesen Punkt sich ausschweigen, den Schluss zu, dass der frühere Reichskanzler der Aufführung seiner Kandidatur nicht geradezu widerprochen hat. Die Parlamentarier, die nach ihrer ganzen Vergangenheit dem Fürsten nahestehen, sprachen gestern noch die Überzeugung aus, dass der selbe ein Reichsabgeordneter nicht annehmen werde. Inniwest dabei der Wunsch, dass Fürst Bismarck sich dieser Probe nicht unterwerfe, dabei mit bestimmend ist, lässt sich schwer bestimmen. Auf alle Fälle sind es nicht die Anhänger des Fürsten, welche das Erscheinen desselben im Reichstage wünschen. Dabei kommt in Betracht, dass die Kandidatur desselben in Geestemünde einen entschieden agrarischen Charakter hat. Die Annahme, dass die übrigen Parteien, vor allem die Sozialdemokraten und die Freisinnigen, sich der Wahlagitation enthalten würden, um dem früheren Reichskanzler den Weg in den Reichstag zu ebnen, geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Im Gegentheil sind beide Parteien entschlossen, in der entschiedensten Weise gegen den Fürsten Bismarck Front zu machen. Was die Freisinnigen betrifft, so ist ihr Kandidat — was auch sie und da in anderer Richtung gemeldet worden war — niemand anders, als Renter Adloff in Hamburg. Dass die Welfen geneigt sein sollten, dem Fürsten Bismarck die Steigbügel zu halten, ist von vornherein ausgeschlossen. Dazu kommt, dass der nicht schuhzöllnerische Theil der Nationalliberalen sich durch die Vorspiegelung, Fürst Bismarck candidire nicht als eigentlicher Parteimann, schwierlich bestimmen lassen werde, die Kandidatur desselben zu unterstützen. Wenn aus dem Umstand, dass die Kandidatur Bismarcks im 19. hannoverschen Wahlkreise aufgestellt ist, der Schluss gezogen werden ist, dass dieser Schritt im Einverständnis mit den Berliner maßgebenden Kreisen erfolgt sei, so ist auch das absolut unzutreffend. Fürst Bismarck selbst wird am besten wissen, dass alle An-

näherungs- und Aussöhnnungsversuche erfolglos geblieben sind und dass Aufsehen erregende Vorgänge der letzten Wochen in der Hauptstadt nur den Zweck gehabt und auch erreicht haben, die Anziehungskraft des früheren Reichskanzlers auf diejenigen Kreise, die ihm während seiner Amtszeit am nächsten gestanden haben, abzuwischen.

Minister Ribot über die Pariser Vorgänge.

Einer der Pariser Correspondenten des Depeschenbureaus „Herald“ hatte Gelegenheit, mit dem französischen Minister des Auswärtigen, Ribot, zusammenzutreffen. Im Laufe der Unterredung wurden die Vorgänge anlässlich des Besuches der Kaiserin Friedrich in Paris berührt. Da es von nicht geringem Interesse ist, die Meinung des Ministers über die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland kennen zu lernen, sei in Nachstehendem das Wichtigste aus dieser Unterredung mitgetheilt. Herr Ribot bemerkte, dass er erst am Tage vor der Ankunft der Kaiserin Friedrich, zunächst durch den deutschen Botschafter Grafen Münster, dann durch eine Depesche Herberts aus Berlin, davon in Kenntniß gesetzt worden sei, dass die Kaiserin Mutter incognito in Paris eintreffen werde. Es mangelte an Zeit, um sich mit dem deutschen Botschafter in Bezug auf die Regelung der Einzelfragen, Anordnung von entsprechenden Vorsichtsmaßregeln und sonstigen Vorkehrungen ins Einvernehmen zu setzen. Der Minister war nicht davon in Kenntniß gesetzt, in welchem Umfange die Kaiserin das Incognito gewahrt wissen wollte. Die Gedanken der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung gegenüber der Witwe Kaiser Friedrichs waren die ehrfürchtigsten, in Erinnerung an die schweren Schicksale, von denen sie betroffen worden. Die Haltung der Bevölkerung rechtfertigte das Vertrauen der Regierung. Graf Münster sei von dem Minister darauf aufmerksam gemacht worden, dass es wünschenswert sei, wenn der private Charakter des künstlerischen Zwecks gewidmeten Besuchs der Kaiserin Friedrich gewahrt bliebe. Graf Münster war vollständig damit einverstanden, und in vollständiger Uebereinstimmung wurde auf offizielle Empfänge und Diners verzichtet. — Die Kaiserin Friedrich fand bei ihren Besuchen in zahlreichen Ateliers u. s. w. ehrerbietigste und sympathischste Aufnahme. Dehnte sich der Aufenthalt der Kaiserin alzu lange aus? Wurde Unüberlegtes begangen? Die Fragen zu entscheiden standen ihm, dem Minister, nicht zu. Nichts war vorhergesehen, noch geregelt worden. Wenn die Regierung genug Mühe hatte, um der von einer Handvoll Leute, die zu der am wenigsten ins Gewicht fallenden Partei gehören, propagirten Erregung entgegenzuwirken, so wurden der Kaiserin doch bis zu ihrer Abreise die größten Rücksichten erwiesen. Für die Haltung der Künstler sei die Regierung nicht verantwortlich. Es war mit dem Grafen Münster vereinbart worden, dass die Regierung keinerlei amtlichen Anttheil den Berliner Ausstellung nehme. Ohne eine lästige Verantwortung auf sich zu nehmen, war es also für die Regierung unmöglich, eine Beeinflussung der Künstler zu ver suchen. Das Empfinden der Künstler wird überhaupt durch künstlerische Eindrücke des Augenblicks bestimmt. Wenn zu dem Zeitpunkt, wo die Jahresausstellung vorbereitet wird, sowohl die Weigerung mehrerer berühmter Maler bereits bekannt wird, als auch die Unmöglichkeit sich herausstellt, im Privatbezirk befindliche Gemälde hinzuschicken, so muss befürchtet werden, dass die französische Kunst in Berlin nicht in würdiger Weise vertreten sein wird. Aber, erklärt der Minister, damit habe er nichts zu thun. Die Regierung habe mit peinlicher Discretion alle Pflichten der Gutsfreundschaft und der Höflichkeit erfüllt, wie sie auch Garantien dafür geschaffen hat, dass alle unliebsamen Störungen ferngehalten würden. Jetzt sei freilich wieder Beruhigung eingetreten, das Vertrauen kehre wieder, und der Minister erwarte zuversichtlich, dass man überall den voll-

Stadt-Theater.

Als zweite Gastrolle gab Signorina Prevosti die „Lucia“ in Donizettis immer musikalisch noch unverweilten Oper dieses Namens. Die allgemeine Charakteristik ihrer Vorzüge haben wir vor wenigen Tagen gegeben und führen hier noch die Nachricht an, dass die gefeierte Sängerin aus Livorno gebürtig ist, ihre Studien bei dem als Sänger und Gesanglehrer berühmten Grr. Caravaglia gemacht und vor sechs Jahren ihre Bühnenaufbahn in Italien begonnen hat. Sie hat in Rom, Mailand, Bologna, Neapel, Turin, Genua, Venetia, Palermo, Florenz und während zweier Saisons in den grösseren Städten Spaniens gesungen, keineswegs auf die wenigen Partien beschränkt, die sich zu Gesangspielen eignen, sondern sie trat in einer beträchtlichen Anzahl von Opern mit immer steigendem Erfolge auf. 1889/90 hat sie eine ruhmvolle Tournée durch Russland gemacht; nach Deutschland ist sie zuerst im Frühjahr 1890 gekommen. Sie kam, sang und siegte im Arolsenischen Theater zu Berlin, dann im Mai 1890 trat sie in sechs Gesangspielen zu Breslau vor jedesmal ausverkauftem Hause auf, weiter in diesem Winter in Elberfeld, Bremen, Aachen, Magdeburg, Stettin, nochmals in Breslau, von wo sie hierher gekommen ist. Ueberhaupt hat die Kritik ihr Aufstreben als ein Kunstereignis ersten Ranges anerkannt und ihre doppelten Vorzüge als Sängerin wie als Schauspielerin mit begeisterten Worten erörtert, in der einen Richtung sie mit Sarah Bernhardt, in der anderen mit Francesco d'Andrade vergleichend,

zu welchem Franceschina Prevosti in der That (aber ohne „Diminutiv“) das weibliche Pendant ist: sie ist ihm im Stimmlaute, in der absoluten Höhe und Festigkeit des Könness, in dem künstlerischen Ernst der Erfassung ihrer Aufgaben, in der Kraft, Tiefe, und Schärfe des mimischen und musikalischen Ausdrucks verwandt.

Wieder standen wir mit Bewunderung, ja mit einem höheren Gefühl, als diese es ist, vor einer solchen Steigerung menschlicher Fähigkeiten, wie ihre Lucia, besonders in der Wahnsinnscene, sie uns vor Auge und Ohr führte. Der Aristokratismus der seltenen Persönlichkeit wird als Prinzip durch solche Leistungen in einer Zeit aufrecht erhalten, in der die Gleichmacherei sonst so im Schwange ist; sie scheitert an solchen Beispielen, denn der Durchschnittsmensch kann sich weder ihnen, noch sie sich gleich machen oder gleich stellen. Die Künstlerin bewies in jener Scene, dass etwas mehr daraus werden kann, als eine interessante Specialität oder eine glänzende Gelegenheit, Coloraturfertigkeit zu entfalten. Raum mag der Komponist sich der Möglichkeit einer solchen Vergeistigung und Vertiefung dieser Scene und des Wettkampfes zwischen Stimme und Flöte bewusst gewesen sein, wie die Signorina Prevosti sie ihr angeblichen ließ, obwohl es immer die Tondichters Genie ist, welches musikalisch die Potenzierung zulässt. Zum ersten Mal erschien es uns, wie wenn die Flöte irgend eine Wahnsinnscene verhindern gewesen sei, wie die Signorina Prevosti sie ihr angeblichen ließ, obwohl es immer die Tondichters Genie ist, welches musikalisch die Potenzierung zulässt. Zum ersten Mal erschien es uns, wie wenn die Flöte irgend eine Wahnsinnscene verhindern gewesen sei, wie die Signorina Prevosti sie ihr angeblichen ließ, obwohl es immer die Tondichters Genie ist, welches musikalisch die Potenzierung zulässt.

Thatsächlich war die Partie des Edgar Herrn Männer neu, der zwar im Ganzen noch mit Glück, aber doch mit einem Schwanken durch

in Tönen und Worten zu errwidern. Der Flötist zeichnete sich übrigens gleichfalls aus.

Möglich wird solche Vergeistigung natürlich eben dadurch, dass der Coloraturgesang in aller wunderbaren Mannigfaltigkeit und Steigerung der Schwierigkeiten bei dieser Künstlerin durchaus nicht mehr als etwas erscheint, das sie sich durch Forciren ihrer Mittel oder Fähigkeiten im Augenblick abgewöhnen, sondern als freie Gabe der Natur; und wenn die vernünftige Verwendbarkeit der Coloratur eine beschränkte ist, so zeigt es sich in solcher Durchführung, dass es vom Komponisten eben ein genialer Griff war, dieses anscheinend naturalistische Für-sich-hinsingen mehr in Tönen als in Worten zur Darstellung des Wahnsinns zu verwenden. Wir heben an der Coloratur der Signorina Prevosti noch besonders jene äußerste Deutlichkeit der Intervalle, sowohl in der diatonischen, wie in der chromatischen Skala, und die sichere Kraft hervor, mit welcher sie in accordischen Glaccaii den Ton förmlich wie auf einer Glocke anschlägt. In dieser Scene verschwanden auch die Spuren von Angstrengtheit wieder, die anfangs bemerkbar geworden waren. Siewaren wohl die Folgen von vielen Proben, die zur Erzielung des Ensembles nötig gewesen sein mochten; denn die Oper schien bei den hiesigen Mitgliedern nicht allerseits so fest zu stehen, wie „Traviata“, daher das große Sextett auch nicht den erwünschten südlichen Zug und Schwung gewann.

Thatsächlich war die Partie des Edgar Herrn Männer neu, der zwar im Ganzen noch mit Glück, aber doch mit einem Schwanken durch

durch kam, woselbst erklärlicher Weise der Gebrauch der italienischen Sprache seitens der Partnerin ihm die Präzision erheblich erschwerte. Nach der Wahnsinnsscene (von der Signorina Prevosti den letzten Abschnitt, das Sterben, sich wohl in Rücksicht auf ihre Disposition erparte) hatte er für die Schlussarie einen schweren Stand, erwart aber mit dem intensiven Wohlklang seiner Stimme und der eingehenden Innigkeit seiner Auffassung ein volles Recht auf Beifall seitens der Kritik wie des Publikums, welches ihn auch entsprechend lebhaft auszeichnete. Auch Herr Düsing erwarb mit der Ansprache Raimunds an Lucia großen Beifall. Widersinnig ist in der Schlusscene (abgesehen von der scénischen Situation selbst) übrigens doch nur das lange Singen (oder Sprechen) im Sterben, nicht aber die Süßigkeit des Ausdrucks der Gefühle in Tönen. „Und wenn sie wandelt am Hügel vorbei und denkt im Herzen: der meint' es treu“ — nun, denselben Gedanken drückt Schubert, der Deutsche, mit Betonung eines den Irrsinn streifenden Wehegefühls aus, der Italiener Donizetti zieht es vor, ihn mit Betonung der Geligkeit von Liebe und Treue auszudrücken, die auch die letzten Augenblicke noch versücht: eines wie das andere ist menschlich, und das letztere darum, dass es nicht deutsch ist, nicht zu schelten.

Signorina Prevosti wird nun am Dienstag noch die Rosina im „Barbier“ singen, und wir freuen uns deshalb, dass wir uns ihrer nicht bloß in den unheimlichen Gestalten der Traviata und der Lucia werden zu erinnern haben.

Dr. C. Fuchs.

kommen correcten Haltung der französischen Regierung, sowie der Würde des französischen Volkes Gerechtigkeit widerfahren lassen werde.

Die Wahlen in Österreich.

Die am Sonnabend vollzogene Reichsrathswahl des fideicommissarischen Großgrundbesitzes in Böhmen ergab 5 Conservative; im nichtfideicommissarischen Großgrundbesitz wurden 2 Conservative und 6 Liberalen gewählt. Bei den Wahlen des Großgrundbesitzes wurden in Schlesien die drei bisherigen Liberalen wieder gewählt, in Krain wurden die zwei bisherigen Liberalen wiedergewählt; in Oberösterreich wurden zwei Conservative wieder- und einer neu gewählt. In der Bukowina wurden ein Conservativer, ein Rumäne und ein Armenier gewählt. Die Landgemeinden im Vorarlberg wählten zwei Conservative.

Bei den acht Reichsrathswahlen in den Landgemeinden von Tirol wurden fünf katholisch Conservative und drei katholisch conservative Italiener gewählt. Unter den Gewählten des oberösterreichischen Großgrundbesitzes befindet sich der Ackerbauminister Graf Falkenhayn. Bei den heutigen drei Reichsrathswahlen der Kärntner Städte wurden zwei Deutschliberale und der Deutschnationalen Steinwender gewählt.

Die Wahlen in Wien haben den Antisemiten 3 und den Deutsch-Liberalen 1 Mandat gebracht. Im Bezirk Hernals wurde Prinz Lichtenstein mit 420 Stimmen gewählt gegen den Demokraten Aronawetter, welcher 317 Stimmen erhielt. Im Bezirk Margarethen wurde der Antisemit Lueger, im Bezirk Alsergrund der Deutsch-Liberale Wrabetz, im Bezirk Wieden der Antisemit Hauck mit 200 Stimmen Majorität gegen den Deutsch-Liberalen Mischko gewählt. Die Antisemiten insgesamt haben neun Mandate gewonnen und drei verloren. Sie werden im künftigen Reichsrath 15 Mann stark erscheinen, in drei Fraktionen getheilt, als Antisemiten Schönerer'scher Richtung, als Antisemiten schlechtmöglicher Richtung, Pottal und als clericale Antisemiten unter der Führung des Prinzen Lichtenstein.

Mit den am Sonnabend stattgehabten 51 Reichsrathswahlen beträgt die Gesamtzahl 279. Bisher erreichten die Deutschliberalen 86 Sitze, die Deutschnationalen 9, die Conservative 29, die Jung-Schechen 31, die Alt-Schechen 10, die Tschechen unbestimmter Parteistellung 4, die Polen 37, die Slovaken 13, die Ruthenen 8, der Coronelclub 6, der böhmische conservative Großgrundbesitz 18, die mährische Mittelpartei 5, die Italiener 4, die Deutschconservative 2, die Rumänen 2 und die Antisemiten 15 Sitze.

Die Rennwettfrage in Frankreich.

In Folge des Vorgehens der Regierung gegen das Rennen auf den Rennplätzen hat man bekanntlich dem gestrigen Tage mit Sorgen entgegengesehen, die sich indessen glücklicherweise nicht als begründet erwiesen haben. Schon am Sonnabend wurden auf dem Rennplatz bei Auteuil die Plätze, welche die Totalisatorbuden und die Standplätze der Buchmacher kennzeichnen, entfernt. In Folge des seit gestern früh ununterbrochenen Regens war die Rennbahn in Auteuil gegen 2 Uhr Nachmittags noch fast leer, nur einige Neugierige hatten sich eingefunden. Zahlreiche Polizeiaugen waren an verschiedenen Punkten des Rennplatzes verteilt. Bei dem ersten Rennen liefen nur drei Pferde, es fand keinerlei Auktionszeit statt, und das Rennen verlief ohne Zwischenfall. Zwei Personen, welche „nieder mit Confians“ gerufen hatten, wurden verhaftet. Das Publikum verhielt sich sehr ruhig.

Wie der „Temps“ meidet, dürfte die Regierung in der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer betreffs der Rennwettfrage erklären, sie wolle den Totalisator und die Buchmacher auf den Turfplätzen dulden, die Einhebung der zu Wohlthätigkeitszwecken entfallenden Abgaben solle aber nicht mehr dem Staate, sondern den Gemeinden obliegen. Der Ackerbauminister solle durch ein Specialgesetz ermächtigt werden, den Turfvereinen die Abhaltung von Rennen zu gestatten und deren Geldgebühr zu kontrollieren.

Die französische Budgetcommission.

Wie aus Paris telegraphisch gemeldet wird, wurde am Sonnabend in den Büros der Kammer die Budgetcommission gewählt. Unter den Gewählten befinden sich Burdeau, Pelletan, Casimir Perrier, Garien, Brisson u. s. w. Die Rechte zählt auf zwei Vertreter, die Radikalen auf 10 und die Republikaner auf 21. Gänzliche Mitglieder nehmen das Budget an, insbesondere den Gesetzentwurf betreffend die Steuerentlastung; jedoch stimmen alle darin überein, neue Ersparnisse herbeizuführen, namentlich in der Verminderung der Gerichtskosten. Casimir Perrier wird voraussichtlich zum Präsidenten der Commission gewählt werden.

Verwaltungsreform in Ungarn.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend eine Vorlage betreffend die Verwaltungsreform eingereicht. Nach derselben übt der Staat die Verwaltung der Comitate durch Staatsorgane aus. An der Spitze jedes Comitats steht ein der Regierung unmittelbar unterstehender Obergespan, welcher als Vertreter des Gesamtministeriums sämtliche Verwaltungs-Agenden des Comitats überwacht und kontrolliert. Die Comitate besitzen auf ihren Territorien einen autonomen Rechtskreis und haben das Recht, sich mit öffentlichen und Landes-Angelegenheiten zu beschäftigen, unmittelbar an das Parlament zu petionieren und gegen gesetzwidrige Verordnungen der Regierung Verwahrung einzulegen. Das Municipium verfügt in eigenen Angelegenheiten selbständig. Ein definitiv bestellter Beamter darf weder Reichstagsabgeordneter sein, noch an einer politischen Zeitung beteiligt sein, noch überhaupt ein Amt bekleiden, welches mit seiner Beamtstelle unvereinbar ist.

Die Conservative und die Regierung in Portugal.

Eine von den conservativen Cortes-Mitgliedern in Lissabon abgehaltene Versammlung beschloß, das Cabinet de Serpa Pimentel auch ferner zu unterstützen, und erklärte, daß die Finanzoperation, die den Gegenstand der Berathungen der Cortes bilde, zwar eine nicht gerade besondere Befriedigung erweckende sei, daß sie gleichwohl aber, falls sich nicht eine bessere Lösung finden sollte, von den Cortes genehmigt werden müsse.

Der Landsturm in Russland.

Nach einer der „Polit. Corr.“ aus Petersburg zugehenden Meldung soll der Landsturm in Russland, der daselbst seit jeher besteht, aber einer

einheitlichen Organisation entbehrt und in Folge dessen nur dem Namen nach der eigentlichen Wehrkraft zuzählen ist, in nächster Zukunft einer gründlichen Umgestaltung beziehungsweise einer einheitlichen Organisation unterzogen werden. Nach dem diesfalls in Vorbereitung stehenden Entwurf würde der Landsturm in seiner neuen, der Gliederung der ständigen Wehrkraft nachzubildenden Organisation der Linie und der Reserve als besonderer Factor der Armee angegeschlossen werden und eine selbständige militärische Eintheilung nach einzelnen Waffengattungen erhalten.

Reichstag.

83. Sitzung vom 7. März.

Die Berathung des Extraordinariums des Marine-ets wird fortgezeigt. Die Verhandlung über die Frage der Bewilligung der ersten Raten für drei neue Panzerschiffe war gestern nicht zu Ende geführt worden. Die Commission beantragt bekanntlich die Ablehnung aller drei Neubauten für dieses Jahr. Abg. v. Mantuusel die Bewilligung von zwei Panzerschiffen.

Abg. v. Mantuusel beantragt heute, die Titel 15 bis 17 des Extraordinariums und seinen Antrag an die Budgetcommission zu vermeiden.

Abg. v. Neudell (Reichsp.): Der Bau von Panzerschiffen hat von 1880-89 geruht, und zwar aus guten Gründen. Einmal erschien die umfassende Herstellung von Torpedos als das dringendste Bedürfnis und so dann die Konversation über das richtige Modell für Panzerschiffe noch nicht abgeschlossen. Ich werde mit meinen politischen Freunden für den Antrag Mantuusel stimmen, eventuell für dessen Verweisung an die Commission. Die Commission verhielt sich in diesem Jahre ungewöhnlich ablehnend, nicht aus finanziellen Bedenken. Wurden doch hunderte von Millionen für die Landesvertheidigung ohne Bedenken bewilligt, als unsere finanziellen Verhältnisse nicht besser waren als jetzt. Die Gegner der Vorlage meinen, daß die Rüsten wesentlich durch Torpedos verhindert werden, aber in allen Denkschriften ist nachgewiesen, daß die Defensive nur möglich sei in Verbindung mit einer kräftigen Offensive, die auf schnellschreitenden Schlachtschiffen beruht; die hier geforderten Schiffe sollen nur zur Vertheidigung unserer Küsten dienen. Wir müssen die Eventualität einer feindlichen Landung ins Auge fassen. Die Beschaffenheit unserer nördlichen Küsten schützt uns vor einer Landung durchaus nicht. Die Erfahrungen des Jahres 1870 beweisen garnichts, denn der Feind hatte damals keine Landungstruppen. Bei einem künftigen Kriege wird das aber wahrscheinlich nicht der Fall sein. Torpedo-boote allein werden keinen wirklichen Schutz bieten, sondern nur eine Schlachtsflotte. Sie wird unsere Landarmee ganz wesentlich entlasten. Die Notwendigkeit des Schutzes des Nordostseekanals haben Sie alle zugegeben. Dieser wird aber schon 1895 fertig sein. Außerdem kann doch niemand die Bürgschaft übernehmen, daß nicht schon vor Ablauf der nächsten fünf Jahre ein Krieg ausbrechen wird; wir dürfen also nicht mit der Fertigstellung unserer Schlachtschiffe warten. Ich sage Ihnen, Herr Richter zu, daß er lange Jahre ein lebhaftes Interesse für unsere Marine bewies, und ich bin ihm dafür dankbar, hoffe aber, daß er es auch diesmal behalten wird. Meine politischen Freunde haben bei jeder Gelegenheit offen ihr Interesse für die Marine gezeigt. Nun wurde gestern gefragt, Fürst Bismarck habe der Marine nur ein geringes Interesse entgegengebracht; aber ich, der ich 1863-72 stets in seiner persönlichen Umgebung thätig war, kann bezeugen, daß er hundert- und tausendfach mit immer gleicher Wärme für die Marine eintrat. Unsere Marine, die in der Durchführung der Colonialpolitik brav das Thiere geleistet und sich überall die höchste Anerkennung erworben hat, müssen wir auch die beste Ausrüstung geben. Was aber für den Landesbedarf das gute Gewehr, ist für die Marine der Panzer. Wie sich freilich unsere Landwir auch mit den veralteten Gewehren hervorheben, so werden auch diejenigen Seesleute, die auf alten ungepanzerten Schiffen kämpfen müssen, allen Anforderungen genügen; aber wir es tun.

Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.) befürwortet ebenfalls Zurückverweisung an die Commission, in der er auch die Mitarbeit des Hrn. Windthorst erwartet. Derselbe hat mit Recht zur Sparfamilie gemacht; der aber sei auch Rechnung getragen. Wir haben gestern bereits 4½ Mill. abgefeiert; wird der Antrag Mantuusel und die übrigen Abstimmungen der Commission angenommen, so werden wir nahezu 10 Mill. geschriften haben. Wären in der Commission nicht die unbestimmten Erklärungen des Marinestaatssekretärs gefallen, aus denen die Commission annahm, daß es sich um bedeutende Ausdehnung unseres Flottengründungsplanes handele, so bin ich überzeugt, wären gerade diese Forderungen nicht auf den geringsten Widerstand gestoßen. Die unbestimmten Pläne hatten in der Commission Missstimmung und Besorgnis erregt. Nun haben wir gestern zu unserer Freude erlebt, daß der Reichskanzler alle diese Besorgnisse aus das Unwundernde zerstört hat. Er hat erklärt, daß über den Flottengründungsplan hinaus, wie er in den Denkschriften von 1887/88 und 1889/90 enthalten ist, ein Plan der Regierung in Bezug auf eine Erweiterung der Flotte nicht besteht, und daß die Regierung weit davon entfernt sei, eine Flotte ersten Ranges zu gründen. Alle Einwendungen, welche daraus haben hergekommen werden können, sind durch diese bestimmte Erklärung aus der Welt geschafft. Die Anregung des Abg. Windthorst, uns einen neuen Plan vorzulegen, ist etwas bedenklich. Denn in einem solchen neuen Plan würden auch neue Forderungen zum Vorschein kommen. Es ist besser, uns mit dieser bestimmten Abgrenzung auf die alten Forderungen zu beziehen. Besorgnisse wegen der Fortschritte der Technik sind bei dieser Art von Schiffen nicht vorhanden. Weshalb sollen wir also ihren Bau hinauszchieben? Auch Hrn. Windthorst will ja nichts ersparen, sondern nur die Bewilligung auf das nächste Jahr verschieben. Es handelt sich hier demnach lediglich um eine Zweckmäßigkeitfrage. Die Commission hat in augenblicklicher Besetzung ihren Besluß gefasst. Es kann aber nicht Aufgabe des Reichstages sein, eine solche Besetzung zum Motiv für seine Beschlüsse zu machen, wenn er sachlich von der Notwendigkeit der Fortführung der Bauten für die Marine überzeugt ist.

Staatssekretär Hollmann: Da sich die Auffassung erhält, daß ich in der Commission einen neuen Flottentyp in Aussicht gestellt, sehe ich mich genötigt, Ihnen meine dortigen Aeußerungen vorzulegen. Ich habe gesagt: „Wo und wie wir auch im nächsten Auge mit unserer Flotte auftreten, mit Sicherheit dürfen wir darauf rechnen, daß wir in der Minderzahl sein werden. Darum gilt denn der von allen Leitern der Marine bisher hochgehaltene Spruch, daß wir durch Qualität ersehen müssen, was uns an Quantität mangelt, ebenso gut für das Personal, wie für das Material. Um in der Minderheit zu fechten, bedarf es eines in Disciplin und Waffenübung geschulten Personals, sowie eines hochwertigen Schiffsmaterials als Ausgleich für die numerische Überlegenheit des Gegners. Je eher der hohe Reichstag den Willen kundgibt, das ihm vorgelegte Schiffsbauprogramm 1889/90 als eine durch die bestehenden Verhältnisse gebotene Forderung anzuerkennen, desto bestimmt darf das Vaterland der Hoffnung Raum geben, wie es die Flotte für die ihm zufallenden Aufgaben gerüstet sind wird, wenn die Stunde der Entscheidung schlägt.“ In Bezug auf die der Commission vorgelegten Flottentabellen sagte ich ferner: „Sie ersehen daraus, daß es uns mit den bisher bewilligten Mitteln noch gelungen ist, mit einer Flottille ziemlich gleichen Schrift zu halten, wenn die Machtfrage lediglich für die Küsten beider Länder befürliche Ossie aufgeworfen wird. Es wird sich auch in den nächsten Jahren kein bedrohlicher

Mandel zu unseren Ungunsten darin vollziehen, vorausgesetzt, daß Sie uns keine Einschränkungen im Schiffsbau auferlegen innerhalb der Forderungen, welche in dem Ihnen ebenfalls vorgelegten Schiffsbauprogramm aus dem Jahre 1889 bis 1890 recapituliert sind.“ Das war das Zweite. Nun mehr das Dritte. „Geht andererseits aber der Besluß dahin, daß wir nicht nur Herr unseres Landes, sondern auch Herr unserer Meere bleiben wollen, dann dürfen wir auch an unserem Schiffsbauprogramm nicht rütteln, vor allen Dingen dürfen wir nicht den Bau von Schlachtschiffen aufgeben. Und zu Schlachtschiffen sind lediglich die Panzerschiffe und Panzerfahrzeuge zu rechnen, unter letzteren auch welche hier in Frage kommen.“ Endlich das Vierte: „Aber nun bleibt es Bedingung, daß der Reich bereit ist, diejenigen Forderungen der Marinewehrverwaltung als berechtigt und von der Notwendigkeit dictirt anzuerkennen, welche dieselbe zum Zweck ihrer Wehrbereitstellung stellen muß. Der ganze Zweck meiner Auseinandersetzung läuft darauf hinaus, Ihnen klar zu machen, wie nicht Willkür und Laune dabei vorherrschen, sondern lediglich das Bewußtsein der Verantwortung, die Marine auf die Höhe ihrer Aufgaben zu stellen. Ohne Ausbau der Flotte ist das nicht möglich; die geforderte Vermehrung ist nur ein Ohr in der Kette, sie knüpft an Ereignisse an als Übergang zu dem Erstrebten, welches Ihnen durch den Flottenplan von 1889 bekannt geworden ist.“ Ich glaube nicht, daß es nun noch möglich ist, meine Rede in der Art zu interpretieren, daß ich die Commission habe hinzunehmen wollen zu anderen Flottentypen. Ich habe fest und klar auf dem Boden des Flottengründungsplanes von 1889/90 gestanden. Ich habe Ihnen keine unerlässliche Perspektive für die Zukunft gezeigt.

Abg. v. Mantuusel beantragt auch Titel 26, der die Forderung für die artilleristische Ausrüstung der Schiffe enthält, an die Budget-Commission zurückzuvorwerfen.

Abg. Richter: Ich hätte gewünscht, daß die Rede, welche der Staatssekretär in der Commission gehalten hat, uns gedruckt mitgetheilt wäre; ich bedauere, daß uns die Commission das Material dieses Mal sehr spärlich gegeben hat. Auch bei dem Vortrag des Referenten, dem ich übrigens durchaus keinen Vorwurf mache, über die Rüste des Staatssekretärs vermittelten wir häufig die Bindeglieder. Weshalb ist uns die Rede nicht ebenso mitgetheilt, wie es die Vertreter der Militärverwaltung in der Militärkommission gethan haben? Wir könnten dann prüfen, ob das Mißverständnis von dem Staatssekretär herrscht. Jedenfalls ist es höchst wundersam, daß die Mitglieder aller Parteien die Rede so gänzlich falsch aufgefaßt und interpretiert haben. Aber das Wenige, was der Referent davon mitgetheilt hat, macht das Mißverständnis begreiflich. Uebrigens lassen sich die Beschlüsse der Commission auch ohnedies sachlich rechtfertigen. Ich werde Herrn v. Bennigsen darin folgen, eine kleine Frage nicht groß aufzubauschen, wünsche aber, daß Herr v. Bennigsen und seine Freunde immer so handeln und in Zukunft den bekannten patriotischen Schluss und den Appell an die „staatserhaltenden Stände“ unterliegen. Es handelt sich hier lediglich um ein Zweckmäßigskeits- und Finanzfrage, die man, ohne sich aufzuregen, so oder so beantworten kann. Hrn. v. Neudell danke ich, daß er mir und meinen Freunden ein besseres Zeugnis ausgestellt hat, als Hrn. v. Harboff, der überhaupt sehr ungern ein anerkennendes Wort über unsere Tätigkeit sagt. Uebrigens hat die Fortschrittspartei früher immer gemeinsam mit den Nationalliberalen den Marineetat bewilligt. Herr Richter hat nicht gesagt, daß Fürst Bismarck kein Interesse für die Marine gehabt habe, sondern etwas ganz Anderes. Fürst Bismarck hat uns versprochen, daß wir den General v. Stosch so lebhaft unterstützen, in sehr ironischer Weise hat er mir gegenüber beim Antritt des Hrn. v. Caprivi als Chef der Marine gesagt. Hrn. v. Stosch hätte sich immer der Unterstützung des Abg. Richter erfreut, und er hoffe, daß würde Hrn. v. Caprivi ebenfalls gelingen. Ich hoffe sogar damals, wir hätten eine Verschwörung gebildet, um den Fürsten Bismarck zu kürzen und Hrn. v. Stosch an seine Stelle zu setzen. Fürst Bismarck sagte, er hätte sich seitdem Hrn. v. Stosch mit besonderem Interesse angesehen. Was die Beweisung der Positionen 15 und 17 an die Commission anbetrifft, so habe ich immer, wenn eine große Partei bei Eintritt eines Novums eine nochmalige Commissionsberatung wünschte, dem beigeschüttet, auch wenn ich dieselbe nicht für notwendig hielt, und erhebe auch jetzt in Übereinstimmung mit der Mehrheit meiner Parteifreunde keinen Einwand gegen die Überweisung an die Commission. Ich werde es um so mehr thun, als der Reichskanzler es wünscht, um in der Commission ein finanzielles Äquivalent für die beiden Kanonenboote an einer anderen Stelle des Staates zu bieten. Den Reichskanzler habe ich gestern so verstanden, daß er als Äquivalent den Bau der bisher bewilligten Panzerschiffe verlangt haben will. Das würde für mich kein Äquivalent sein. Der Reichskanzler hat aber dies wohl nur als Beispiel genannt und der Commission vorbehalten, ein richtiges Äquivalent zu finden. Dagegen habe ich nichts. Das haben wir, als Hrn. v. Stosch Chef der Admiralität war, öfters gethan. Liegt der Verwaltung besonders an diesen Kanonenbooten und sie giebt statt dessen Anderes preis, weshalb sollten wir nicht zustimmen? Der Abg. Windthorst will außerhalb der Commission besondere Verhandlungen halten. Ich bin nicht Freund solcher Verhandlungen außerhalb des Geschäftsortes der Commissionsverhandlungen. Ich habe gestern so verstanden, daß er als Äquivalent den Bau der bisher bewilligten Panzerschiffe verlangt haben will. Das würde für mich kein Äquivalent sein. Der Reichskanzler hat aber dies wohl nur als Beispiel genannt und der Commission vorbehalten, ein richtiges Äquivalent zu finden. Dagegen habe ich nichts. Das haben wir, als Hrn. v. Stosch Chef der Admiralität war, öfters gethan. Liegt der Verwaltung besonders an diesen Kanonenbooten und sie giebt statt dessen Anderes preis, weshalb sollten wir nicht zustimmen? Der Abg. Windthorst will außerhalb der Commission besondere Verhandlungen halten. Ich bin nicht Freund solcher Verhandlungen außerhalb des Geschäftsortes der Commissionsverhandlungen. Ich habe gestern so verstanden, daß er als Äquivalent den Bau der bisher bewilligten Panzerschiffe verlangt haben will. Das würde für mich kein Äquivalent sein. Der Reichskanzler hat aber dies wohl nur als Beispiel genannt und der Commission vorbehalten, ein richtiges Äquivalent zu finden. Dagegen habe ich nichts. Das haben wir, als Hrn. v. Stosch Chef der Admiralität war, öfters gethan. Liegt der Verwaltung besonders an diesen Kanonenbooten und sie giebt statt dessen Anderes preis, weshalb sollten wir nicht zustimmen? Der Abg. Windthorst will außerhalb der Commission besondere Verhandlungen halten. Ich bin nicht Freund solcher Verhandlungen außerhalb des Geschäftsortes der Commissionsverhandlungen. Ich habe gestern so verstanden, daß er als Äquivalent den Bau der bisher bewilligten Panzerschiffe verlangt haben will. Das würde für mich kein Äquivalent sein. Der Reichskanzler hat aber dies wohl nur als Beispiel genannt und der Commission vorbehalten, ein richtiges Äquivalent zu finden. Dagegen habe ich nichts. Das haben wir, als Hrn. v. Stosch Chef der Admiralität war, öfters gethan. Liegt der Verwaltung besonders an diesen Kanonenbooten und sie giebt statt dessen Anderes preis, weshalb sollten wir nicht zustimmen? Der Abg. Windthorst will außerhalb der Commission besondere Verhandlungen halten. Ich bin nicht Freund solcher Verhandlungen außerhalb des Geschäftsortes der Commissionsverhandlungen. Ich habe gestern so verstanden, daß er als Äquivalent den Bau der bisher bewilligten Panzerschiffe verlangt haben will. Das würde für mich kein Äquivalent sein. Der Reichskanzler hat aber dies wohl nur als Beispiel genannt und der Commission vorbehalten, ein richtiges Äquivalent zu finden. Dagegen habe ich nichts. Das haben wir, als Hrn. v. Stosch Chef der Admiralität war, öfters gethan. Liegt der Verwaltung besonders an diesen Kanonenbooten und sie giebt statt dessen Anderes preis, weshalb sollten wir nicht zustimmen? Der Abg. Windthorst will außerhalb der Commission besondere Verhandlungen halten. Ich bin nicht Freund solcher Verhandlungen außerhalb des Geschäftsortes der Commissionsverhandlungen. Ich habe gestern so verstanden, daß er als Äquivalent den Bau der bisher bewilligten Panzerschiffe verlangt haben will. Das würde für mich kein Äquivalent sein. Der Reichskanzler hat aber dies wohl nur als Beispiel genannt und der Commission vorbehalten, ein richtiges Äquivalent zu finden. Dagegen habe ich nichts. Das haben wir, als Hrn. v. Stosch Chef der Admiralität war, öfters gethan. Liegt der Verwaltung besonders an diesen Kanonenbooten und sie giebt statt dessen Anderes preis, weshalb sollten wir nicht zustimmen? Der Abg. Windthorst will außerhalb der Commission besondere Verhandlungen halten. Ich bin nicht Freund solcher Verhandlungen außerhalb des Geschäftsortes der Commissionsverhandlungen. Ich habe gestern so verstanden, daß er als Äquivalent den Bau der bisher bewilligten Panzerschiffe verlangt haben will. Das würde für mich kein Äquivalent sein. Der Reichskanzler hat aber dies wohl nur als Beispiel genannt und der Commission vorbehalten, ein richtiges Äquivalent zu finden. Dagegen habe ich nichts. Das haben wir, als Hrn. v. Stosch Chef der Admiralität war, öfters gethan. Liegt der Verwaltung besonders an diesen Kanonenbooten und sie giebt statt dessen Anderes preis, weshalb sollten wir nicht zustimmen? Der Abg. Windthorst will außerhalb der Commission besondere Verhandlungen halten. Ich bin nicht Freund solcher Verhandlungen außerhalb des Geschäftsortes der Commissionsverhandlungen. Ich habe gestern so verstanden, daß er als Äquivalent den Bau der bisher bewilligten Panzerschiffe verlangt haben will. Das würde für mich kein Äquivalent sein. Der Reichskanzler hat aber dies wohl nur als Beispiel genannt und der Commission vorbehalten, ein richtiges Äquivalent zu finden. Dagegen habe ich nichts. Das haben wir, als Hrn. v. Stosch Chef der Admiralität war, öfters gethan. Liegt der Verwaltung besonders an diesen Kanonenbooten und sie giebt statt dessen Anderes preis, weshalb sollten wir nicht zustimmen? Der Abg. Windthorst will außerhalb der Commission besondere Verhandlungen halten. Ich bin nicht Freund solcher Verhandlungen außerhalb des Geschäftsortes der Commissionsverhandlungen. Ich habe gestern so verstanden, daß er als Äquivalent den Bau der bisher bewilligten Panzerschiffe verlangt haben will. Das würde für mich kein Äquivalent sein. Der Reichskanzler hat aber dies wohl nur als Beispiel genannt und der Commission vorbehalten, ein richtiges Äquivalent zu finden. Dagegen habe ich nichts. Das haben wir, als Hrn. v. Stosch Chef der Admiralität war, öfters gethan. Liegt der Verwaltung besonders an diesen Kanonenbooten und sie giebt statt dessen Anderes preis, weshalb sollten wir nicht zust

wichelung, die Marine blickt auf Sie! sagte Hr. Hollmann, und wünschte ausdrücklich die Veröffentlichung dieser Rede, damit man in weiteren Kreisen Aufklärung bekomme über die Absichten. In welche Periode der Misverständnisse sind wir seit Jahresfrist getreten? Herr v. Verdy bezeichnete in der Commission die Mehrforderung als das Heer als abgeschlossen; gleich darauf kam die Verstärkung von 18 000 Mann — Misverständniß! Herr v. Verdy erklärte uns, wohin seine leichten Ziele gingen; Hr. v. Capri ci erklärte das für Misverständnisse; Hr. Hollmann zeigt uns hier die neuen Ziele der Marine und der Reichskanzler weist nichts davon — Misverständniß! Den verbündeten Regierungen ist nichts bekannt, hieß es gestern. Auch Hr. v. Böttcher sagt uns einmal dasselbe, und kurz darauf hatten wir das Tabakmonopol. (Sehr gut! links.) Es bereiten sich manche Dinge vor in den oberen Regionen, wovon die verantwortlichen Minister nichts wissen, namentlich seit das Oberkommando getrennt ist von dem Reichsmarineamt. Es ist jetzt eine mächtige Stromung vorhanden, welche einer Überhöhung der Marine ausdrück zu geben sucht in einer überhasteten Herstellung neuer Schiffe. Diese Überhöhung steht mit den Staatsinteressen nicht im Einklang. Es wird sich hier zu zeigen haben, ob der Reichstag die Kraft und die Entschlossenheit hat, dieses überhastete Tempo zu hemmen. Die Frage hat noch eine besondere Bedeutung dadurch gewonnen, wie man die Commissionsbeschlüsse parlamentarisch und noch mehr außerparlamentarisch zu beeinflussen sucht. Ich bedauere nach dem Einbruch, den ich empfing, daß an gewissen Stellen die Auffassung von der Bedeutung des selbständigen Urtheils der Volksvertreter nicht vorhanden ist, von der ich wünsche, daß sie vorhanden wäre. Es ist ein politischer Fehler, in diesem Punkte auf den Ansticht der Commission zurückzutreten. Ich möchte auch nicht einmal den Schein erwischen, als ob ich fähig wäre, einen solchen politischen Fehler zu begehen, und ich bin deshalb gegen die Commissionsberatung. (Beifall links.)

Abg. Windhorst: Die Flottengründungspläne werden uns zur Kenntniß nicht zur Genehmigung vorgelegt; jedenfalls ist niemals einer dieser Pläne vom Reichstag genehmigt worden. Das Programm von 1889 harmoniert nicht mit dem von 1887, das ist außer Zweifel. Damals hat man uns den Nordostseekanal als Verstärkung unserer Flotte dargestellt, jetzt müssen wir die Flotte verstärken, um diesen Kanal zu schützen; das ist doch keine erfreuliche Erfahrung. Unsere Abteilung ist ja keine definitive; wir widerstreben einer neuen Prüfung der Sache im nächsten Jahre gar nicht. Wir im Centrum waren bis gestern der Ansicht, daß der Fall spruchfrei ist; aber seitdem sind neue Umstände dagetreten (Heiterkeit), jawohl, es ist ein völliges Novum, wenn der Hr. Reichskanzler erklärt, er lasse alle anderen Forderungen fallen und befränke sich auf diese beiden Schiffe. Nun kann man darüber zweifelhaft sein, ob diese neuen Umstände in der Commission geprüft werden müssen, oder ob es genügt, daß wir uns zwischen zweiter und dritter Lesung darüber einigen; mir erscheint diese letztere Methode die bessere. Der Hr. Reichskanzler legte eine Compensation durch Gleichzeitigkeit schon bei williger Schiffsforderungen nahe; eine solche Compensation könnte ich nur darin erblicken, daß auf ein schon bewilligtes Schiff von der Regierung definitiv verzichtet würde, und eine solche Compensation ist von der Regierung noch nicht erwähnt worden. Ich bin auch heute noch dafür, die Sache nicht erst in der Commission zu berathen, verwahre mich aber dagegen, daß diese Schiffe a limine abgelehnt werden.

Abg. Hauffmann (Volksp.): Ich habe im Namen meiner Fraktion zu erklären, daß wir eine nochmalige Commissionsberatung über den Antrag Mantauß nicht mehr für nötig halten, weil wir glauben, daß eine größere Alarierung nach den erschöpfenden Commissionsberatungen nicht mehr eintreten kann. Wir könnten unter einer Compensation auch nur das verstehen, was Herr Windhorst als solche bezeichnet, glauben aber nicht, daß in der Commission eine solche erlangt werden kann. Gegen die nochmalige Commissionsberatung sind wir besonders auch deswegen, weil wir nach Außen hin der Auffassung entgegneten wollen, als ob der persönlichen Beeinflussung der Commissionsmitglieder ein weiterer Spielraum gewährt werden soll.

Die Abstimmung über den Antrag auf Zurückverweisung der Titel mit dem Antrag Mantauß bleibt zweifelhaft; die Auszählung ergibt die Beschlussunfähigkeit des Hauses, da nur 198 (statt der absoluten Mehrheit von 199) Mitglieder anwesend sind, von welchen 121 für, 77 gegen die Überweisung stimmten.

Die Sitzung wird aufgehoben und die weitere Beratung auf Montag verlängert.

Deutschland.

* Berlin, 8. März. Der Kaiser wird, wie man der „Fr. Ztg.“ aus Thüringen meldet, zwischen dem 20. und 26. April die Wartburg zur Auerhähnjagd besuchen. Wie in früheren Jahren, wird wieder bei Wässungen gejagt werden.

* [Königin Victoria.] Die Meldung des Pariser „Figaro“, die Königin Victoria beabsichtige, bei Gelegenheit ihrer bevorstehenden Reise nach dem Süden einige Tage in Paris zu verweilen, wird der „Nord.“, Allg. Ztg., als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

* [Der Hauptmann v. Falk], der soeben zum zweiten Adjutanten des Chor des Generalstabes ernannt worden ist, ein Sohn des früheren Cultusministers und jehigen Oberlandesgerichtspräsidenten in Hamm, der seiner Zeit den Adel für seine Person ablehnte und denselben für seinen Sohn erbat. Hauptmann a. Falk gilt für einen hervorragend tüchtigen Offizier; er erregte schon auf der Kriegsschule durch seine Begabung und seine Leistungen die Aufmerksamkeit des Kaisers Wilhelm I. und erhielt seiner Zeit als Auszeichnung für seine Leistungen auf der Akademie einen Ehrensäbel.

Posen, 8. März. Heute wurde hier nach vorhergegangenem Gottesdienst der 26. Provinzial-Landtag durch den Oberpräsidenten Grafen Leditz-Trützschler im Standeshause feierlich eröffnet.

Schleswig, 7. März. Der Landtag der Provinz Schleswig-Holstein ist heute durch den Oberpräsidenten v. Steinmann geschlossen worden. In 7 Sitzungen wurden der Etat, verschiedene Vorlagen und Petitionen berathen. Für das Gewerbemuseum in Flensburg wurden 50 000 Mk. für den Vaterländischen Frauenverein 5000 Mk. bewilligt. Der Antrag des Oberbürgermeisters Fuß (Kiel) betreffend die Erbauung eines Provinzial-Landtags-Gebäudes wurde nach lebhafter Debatte zurückgewiesen.

München, 7. März. Zur Feier des 70. Geburtstages des Prinzregenten bleibt die Börse am Donnerstag, den 12. März, geschlossen. Die Staatsbahnen werden Extrafuge einlegen. Mit den Decorationen in den Straßen wurde bereits begonnen.

Griechenland.

Athen, 6. März. Die Kammer hat eine Vorlage angenommen, durch welche der Herzog von Sparta während der Abwesenheit des Königs zum Regenten eingesetzt wird. (W. L.)

Bon der Marine.

* Das Kanonenboot „Iltis“ (Commandant Corvetten-Captain Ascher) ist am 6. März er. in Cheloo eingetroffen und beabsichtigt am 7. dess. Mts. nach Shanghai in See zu gehen.

Am 10. März. Danzig, 9. März. Neumond. G-A.6.31.4.5.51. Wetterbericht für Mittwoch, 11. März, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Vielfach trübe ohne erhebliche Niederschläge; Temperatur kaum verändert. Sturmwarnung. (W. bis NW.)

Für Dienstag, 12. März: Meiste trübe, neblig, Niederschläge; ziemlich milde. Lebhafter Wind. (W. bis NW.)

* [Von der Weichsel.] Die Weichsel beginnt nun ernstlich an ihrem Eispanzer zu rütteln. Heute wird der erste partielle Eisgang gemeldet, und vielleicht darf es als ein gutes Zeichen gelten, daß der Aufbruch früher im unteren als im oberen Stromlaufe eintritt. Iwar verzeichneten die in Warschau erscheinenden polnischen Blätter schon am Sonnabend das Gerücht, daß bei Krakau das Eis in Bewegung gekommen sei, doch wurde dasselbe durch keinerlei amtliche Nachricht bestätigt, die Berichte aus Polen verzögerten vielmehr noch immer Frostwetter. Gestern ist jedoch ein Witterungs-Umschlag eingetreten und heute Mittag meldet ein Telegramm aus Warschau, daß dort der Wasserstand von 1.65 Meter gestern auf 2.49 Meter heute gestiegen ist und noch wächst. Thorn hatte heute Vormittag 3.10 Meter Wasser (gegen 2.54 gestern). Das Eis stand dort noch fest. Bei Schulitz ist dagegen heute Eisgang eingetreten. Das Eis war aber nur von Schulitz ab bis oberhalb Kulin in Bewegung. Bei Kulin selbst stand, wie von heute Vormittag 11 Uhr telegraphiert wird, die Eisdecke noch fest, doch ist der Weichseltraject dort gänzlich unterbrochen. Der Wasserstand bei Kulin betrug gestern 1.30, heute 1.72 Meter.

Die Eisbrechdampfer haben am Sonnabend ihre Arbeiten eingestellt und sind gestern Abend nach den Häfen zurückgekehrt. Zwei Dampfer verbleiben in Dirschau, drei in Pleßendorf. Das Wasser wächst hier unten täglich ungefähr 10 cm.

Aus der Elbinger Niederung wird uns geschrieben: Der Fortgang des Thauweters in unserer Niederung nimmt einen glücklicheren Verlauf, als wir anfangs befürchteten. Das Wasser ist heute (Sonntag) nach einem stärkeren Nachtfrost bereits zum großen Theil verlaufen, obgleich die Gräben noch sämtlich überfüllt sind und die umliegenden Ländereien überschwemmt. Verderblich scheint das Wasser dort zu werden, wo der Boden nach der Überschwemmung im Jahre 1888, die bekanntlich durch Anschwemmungen grohe Unebenheiten verursachte, noch nicht genügend gleichmäßig planiert worden ist. Man sieht an solchen Stellen das Wasser in großen Lachsen stehen. Die betreffenden Landwirthe machen sich darauf gefaßt, daß ein Theil ihrer Saaten dadurch auswässern wird. Der starke Wasserzufluß von den Höhen bei Posilje und Budisch dauert auch heute fort. Der Sorge gehen von den jenseitigen Höhen große Wassermengen zu, so daß sie noch immer steigt.

Auf dem Haff liegt das Eis, wie man uns heute aus Lenzien schreibt, noch in festem Lager, so weit von dort das Auge reicht. Die Stärke des Kernes soll dort noch 30 Centimeter betragen.

* [Eisaustritt.] Der Eisbrechdampfer „Richard Damme“ hat gestern auf der todteten Weichsel bis Giegeskranz das Eis probeweise aufgebrochen.

* [Neue Polizei-Verordnung über Treppenbeleuchtung.] Vom 1. April d. J. ab tritt im Stadtbezirk Danzig, mit alleiniger Ausnahme von St. Albrecht, eine neue Polizei-Verordnung in Kraft, welche folgende wichtige Bestimmungen enthält:

Jedes von mehr als einer Familie bewohnte Grundstück ist in seinen für die gemeinschaftliche Benutzung bestimmten, den Zugang zu einer von Menschen bewohnten Wohnung bildenden Räumen (Gangägen, Einfahrten, Türen, Treppen u. s. w.) bei eintretender Dunkelheit mit Beleuchtung zu versehen. Die Beleuchtung hat sich nicht nur auf die Hauptringe und, wenn zu den Grundstücken bewohnte Höfe gehören, auf die Zugänge zu den Höfen gebaut, sondern auf alle Treppen und Türe der Vorder- und Hinterhäuser zu erstrecken, welche zu von Menschen bewohnten Wohnungen führen. Die Beleuchtung der Eingänge, Einfahrten, Türe, Treppen und anderen, jedermann zugänglichen, tatsächlich dem Verkehr dienenden Räume muß in gleicher Weise stattfinden in den öffentlichen Schulen und den Dienstgebäuden öffentlicher Behörden, Corporationen und Anstalten, in den Fabriken, gewerblichen Anstalten und Arbeitsstätten, in den öffentlichen Etablissements, einschließlich der Lokale geschlossener Gesellschaften u. c. Die Beleuchtung hat in den Monaten Januar, November, Dezember spätestens um 5 Uhr, in den Monaten Februar, Oktober spätestens um 6 Uhr, in den Monaten März, April, September spätestens um 7 Uhr, in den Monaten Mai, Juni, Juli, August spätestens um 9 Uhr Abends zu beginnen und ohne Rücksicht auf die Jahreszeit bis mindestens 10 Uhr Abends zu dauern. — Diejenigen oben bezeichneten Räume, welche durch Fenster oder auf andere Weise genügend Tageslicht nicht erhalten, müssen auch bei Tage, und zwar in der Zeit vom 1. April bis 30. September von früh 6 Uhr ab, in der Zeit vom 1. Okt. bis 31. März von früh 7 Uhr ab, bei Beleuchtung der Türen, Schwellen, Stufen und etwaige Deffinitionen in den Wänden oder im Fußboden zu erkennen sind. Verantwortlich für die Erfüllung vorstehender Vorschriften sind die Hauseigenthümer bezw. die von einer öffentlichen Behörde, Corporation oder Anstalt bestellten Verwalter, und zwar erföre ohne Rücksicht darauf, welche vertragsmäßigen Abmachungen zwischen ihnen und ihrem Mietherrn oder anderen Personen getroffen sind. Hauseigenthümer, welche nicht auf dem betreffenden Grundstück wohnen, können sich einen in dieser Beziehung verantwortlichen Vertreter bestellen. Hierüber muß eine mit dem Annahmenvermerk des betreffenden Vertreters versiegene schriftliche Erklärung der Polizeibehörde eingereicht werden. Vernachlässigung oder Nichtbefolgung dieser Vorschriften sollen mit Geldbuße bis zu 30 Mk. geahndet werden.

* [Preuß. Portland-Cementfabrik Neustadt.] Der Aufsichtsrath und die Direction dieser Gesellschaft haben bei der auf den 17. März berufenen Generalversammlung dieser Aktien-Gesellschaft für das Jahr 1890 die Vertheilung einer Dividende von 8 Proc. beantragt. Die Fabrik hat, obwohl sie wegen baulicher Aenderungen ca. 2 Monate stillstehen mußte, im abgelaufenen Jahre 44 585 Tsd. Cement hergestellt und 46 246 Tsd. abgesetzt. Sie wurde mit einem neuen Ringofen für die Ziegelei und einer elektrischen Bahnlinie versehen, welche letztere demnächst in Betrieb genommen werden soll. Von dem Geschäftsgewinn von 86 124 Mk. wurden 18 650 Mk. auf Abschreibungen verwendet, 3373 Mk. auf Reservefonds zugeschrieben, 4487 Mk. zu Renten, 56 000 Mk. zur Dividendenzahlung bereit gestellt und fernere 3614 Mk. bleiben zur Verfügung der General-Versammlung. Im nächsten Jahre hofft man die Production der Fabrik bis auf 70-80 000 Tsd. steigern zu können.

* Berlin, 8. März. Der Kaiser wird, wie man der „Fr. Ztg.“ aus Thüringen meldet, zwischen dem 20. und 26. April die Wartburg zur Auerhähnjagd besuchen. Wie in früheren Jahren, wird wieder bei Wässungen gejagt werden.

* [Königin Victoria.] Die Meldung des Pariser „Figaro“, die Königin Victoria beabsichtige, bei Gelegenheit ihrer bevorstehenden Reise nach dem Süden einige Tage in Paris zu verweilen, wird der „Nord.“, Allg. Ztg., als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

* [Der Hauptmann v. Falk], der soeben zum zweiten Adjutanten des Chor des Generalstabes ernannt worden ist, ein Sohn des früheren Cultusministers und jehigen Oberlandesgerichtspräsidenten in Hamm, der seiner Zeit den Adel für seine Person ablehnte und denselben für seinen Sohn erbat. Hauptmann a. Falk gilt für einen hervorragend tüchtigen Offizier; er erregte schon auf der Kriegsschule durch seine Begabung und seine Leistungen die Aufmerksamkeit des Kaisers Wilhelm I. und erhielt seiner Zeit als Auszeichnung für seine Leistungen auf der Akademie einen Ehrensäbel.

Posen, 8. März. Heute wurde hier nach vorhergegangenem Gottesdienst der 26. Provinzial-Landtag durch den Oberpräsidenten Grafen Leditz-Trützschler im Standeshause feierlich eröffnet.

Schleswig, 7. März. Der Landtag der Provinz Schleswig-Holstein ist heute durch den Oberpräsidenten v. Steinmann geschlossen worden. In 7 Sitzungen wurden der Etat, verschiedene Vorlagen und Petitionen berathen. Für das Gewerbemuseum in Flensburg wurden 50 000 Mk. für den Vaterländischen Frauenverein 5000 Mk. bewilligt. Der Antrag des Oberbürgermeisters Fuß (Kiel) betreffend die Erbauung eines Provinzial-Landtags-Gebäudes wurde nach lebhafter Debatte zurückgewiesen.

München, 7. März. Zur Feier des 70. Geburtstages des Prinzregenten bleibt die Börse am Donnerstag, den 12. März, geschlossen. Die Staatsbahnen werden Extrafuge einlegen. Mit den Decorationen in den Straßen wurde bereits begonnen.

Griechenland.

Athen, 6. März. Die Kammer hat eine Vorlage angenommen, durch welche der Herzog von Sparta während der Abwesenheit des Königs zum Regenten eingesetzt wird. (W. L.)

Bon der Marine.

* Das Kanonenboot „Iltis“ (Commandant Corvetten-Captain Ascher) ist am 6. März er. in Cheloo eingetroffen und beabsichtigt am 7. dess. Mts. nach Shanghai in See zu gehen.

* [Zur Alters- und Invalidenversicherung.] Die vom Regierungspräsidenten in Danzig unter dem 20. Dez. vorigen Jahres erlassene Bekanntmachung, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der Wächerinnen, Blätterinnen, Näherinnen und Schneiderinnen, hat zu einem Misverständniß infolge Veranlassung gegeben, als ob die bezeichneten Personen, so weit sie in ihrer eigenen Behausung arbeiten, auch dann der Versicherungspflicht nicht unterliegen, wenn sie lediglich Lohnarbeiterinnen eines anderen Gewerbetreibenden sind. Dieser Auffassung ist der Herr Regierungspräsident durch Verfügung vom 21. Februar cr. mit dem Bemerkungen entgeggetreten, daß die obenbezeichnete Bekanntmachung zum Ausdruck bringen will, daß die bezeichneten Personen dann nicht versicherungspflichtig sind, wenn sie in der eigenen Behausung (sei es allein, sei es mit Hilfe von Lohnarbeitern) für ihre Kunden arbeiten, oder wenn sie als Hausgewerbetreibende in der eigenen Behausung (in eigener Betriebsstätte) selbstständig oder im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender, Ladengeschäfte u. s. w. thätig sind. Die Kundenarbeit der Wächerinnen, Schneiderinnen u. s. w. soll als selbstständiger Gewerbetrieb gelten, soweit diese Kundenarbeit in der eigenen Behausung, nicht im Hause der Kunden, ausgeführt wird.

* [Staare.] Als Vorboten des nahenden Frühlings sind seit Sonnabend die Staare in unserer Umgebung angelangt.

* [Siedbrießliche Verfolgung.] Die hiesige Staatsanwaltschaft veröffentlicht einen Siedbrieß, welcher gegen den lästigen, im Concurse befindlichen 23-jährigen Kaufmann Heinrich Hoffmann aus Danzig erlassen worden ist, weil derselbe im Verdacht steht, auf Täufung berechnete Mittel angewendet zu haben, um sich der Militärpflicht zu entziehen.

* [Schuhmacher.] Vor den Geschworenen stand heute der Uhrmacher Karl Heinrich Müller aus Berent, der angeklagt war, in einem Privatprozeß gegen den Schuhmacher Lorenz am 4. Januar 1890 vor dem Amtsgericht in Berent einen Meineid geleistet zu haben. Der Anklage, welche in der letzten Sitzung schon einmal verhandelt worden war, lag folgender Thatbestand zu Grunde. Lorenz wohnte bei Müller zur Miete, und als beide zusammen abrechneten, stellte sich eine Differenz von 12 Mk. heraus. Lorenz präsentierte eine Quittung Müllers über diesen Betrag, doch derselbe bestwore, daß er die Quittung nicht geschrieben habe, worauf wider ihn die Anklage wegen Meineides erhoben wurde. Da die beiden zur Begutachtung der Schrift herangezogenen Schriftverständigen zu vollständig entgegengesetzten Urtheilen gekommen waren, so wurde in der vorigen Periode beschlossen, ein Gutachten von dem Schriftverständigen Henze in Leipzig einzuholen. Henze spricht sich nun dahin aus, daß die fragliche Quittung höchst wahrscheinlich von dem Angeklagten geschrieben sei. Die Geschworenen erkannten den Angeklagten für schuldig, worauf derselbe zu drei Jahren Dachthaus verurtheilt wurde.

* [Polizeibericht vom 8. und 9. März.] Verhaftet: 31 Personen, darunter 1 Mädchen gegen Diebstahl, 2 Därfunkner, 1 Betrunkener, 1 Bettler, 1 Schlosser wegen groben Unfugs. — Gefunden: 1 Sach Soda; abwegig von Frau Roll, Spendesneugasse 4, Thüre 25, 2 Schlüssel, 1 Contobuch, 1 katholischer Katechismus; abzuholen von der Polizei-Direction.

ph. Dirschau, 9. März. Dem Comité zur Errichtung eines Kaiser Wilhelm- und Friedrich-Denkmales im Kreise Dirschau ist durch eine Theater-Berstellung, welche gestern stattgefunden, ein bedeutender Scherzer zugetragen. Der Entrag belief sich auf ca. 300 Mk.

Erling, 8. März. Durch die Wahl des hiesigen Bürgermeisters Möller zum Stadtrath in Aiel wird zum 1. April die Stelle des hiesigen Syndicus vacant. In der vorgestrittenen Stadtverordnetenstiftung wurde nun das Gehalt für die neu auszuweisende Stelle auf 3600 Mark pro Jahr mit 10 Prozent Wohnungsgelbühr, dank nach vier Jahren um 450 Mk. und 10 Proc. Wohnungsgelbühr und nach weiteren vier Jahren um ebenfalls 450 Mk. und 10 Proc. Wohnungsgelbühr steigend, festgesetzt.

* Der Oberstaatsanwalt Mertens in Celle, zuletzt in Marienwerder, ist gestorben.

Thorn, 8. März. Der Communal-Haushalt-Etat der Stadt Thorn für 1891/92 ist vom Magistrat aufgestellt. Der Verbleib steht in Einnahme und Ausgabe mit 566 000 Mk. gegen 535 800 Mk. im laufenden Jahre ab. Die größere Summe ist beigetragen durch die beschlossenen Gehaltserhöhungen für die städtischen Gubalkernbeamten und Lehrer. An Communalsteuern sind nach dem Plan gegen das laufende Jahr 27 140 Mark mehr aufzubringen, mitin 270 Proc. der Klassen- und Einkommensteuer (gegen 240 Proc. im laufenden Jahre).

(Th. D.)

Vermischte Nachrichten.

Breslau, 8. März. Unserem Städtetheater steht abermals ein Directionswechsel bevor. Die Herren Brandes und Förster haben zum 1. August 1892 den Contract aufgehündigt und der Magistrat bereits die Pacht des Theaters ausgeschrieben.

Dresden, 7. März.

